

## Haushalt und Finanzen 2022

Rede von  
Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr  
anlässlich der Einbringung des  
Haushaltsplanentwurfs 2022  
am 3. November 2021  
im Pictorius-Berufskolleg in Coesfeld



(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Kreistages,

liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

schon wieder neigt sich das Jahr dem Ende entgegen, so dass wir Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr vorlegen und damit in den Reigen der Haushaltsberatungen eintreten.

Wie üblich, ist dies immer die Zeit der Standortbestimmung und des Ausblicks auf nächste Vorhaben, Projekte oder Weichenstellungen. Dabei werde ich nachfolgend nur **kurz** auf einige **wesentliche Eckpunkte und Themen** eingehen, das Zahlenwerk selbst wird gleich im Anschluss unser Kämmerer, Dr. Tepe, näher betrachten.

Die zurückliegenden Monate waren nach wie vor von der **Corona-Pandemie** und ihrer Bewältigung geprägt. Seit nunmehr 20 Monaten befinden wir uns im Krisenmodus mit allen Facetten der Krisenbewältigung. In dieser Zeit haben insbesondere die Beschäftigten unseres **Gesundheitsamtes** an sieben Tagen in der Woche, inklusive aller Feiertage, das Infektionsgeschehen fachlich begleitet und alles dafür getan, um Infektionsketten zu durchbrechen und eine Ausweitung der Pandemie zu verhindern. Durch ein gutes Zusammenspiel aller Akteure ist es uns gelungen, dass wir hier bei uns im Kreis Coesfeld bis zum heutigen Tage diese Pandemie gut gemeistert haben. Gerne erinnere ich auch an die erfolgreiche Teilnahme und Umsetzung als **Modellregion** gegen Corona, wodurch wir im engen Zusammenspiel mit unseren Kommunen als erster Kreis in NRW in verantwortbarer Weise im Frühjahr durch unsere Allgemeinverfügung Lockerungen ermöglichen und wieder etwas Kultur und Sport stattfinden lassen konnten, was in der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen wurde.

Aber auch das gehört zur Wahrheit: So sehr wir es uns wünschen würden es wäre noch zu früh, um hier und jetzt die Entwarnung zu geben: noch ist die Pandemie nicht besiegt und überstanden, trotz aller vergangener Einschränkungen, Regelungen und Anstrengungen in der **Impfkampagne** steigen auch bei uns wieder die Zahlen der Neuinfektionen, so dass die Fachleute deutschlandweit vor einer Überlastung des Gesundheitssystems, insbesondere der intensivmedizinischen Versorgung in den bevorstehenden Wintermonaten warnen.

Auf der Habenseite ist aber auch positiv zu vermerken, dass unser **Impfzentrum** in Dülmen in der Zeit von Dezember 2020 bis September 2021 nach nur kürzester Vorbereitungszeit den

Auftrag des Landes, die Impfung der Bevölkerung ergänzend zum Angebot in den Arztpraxen durchzuführen, professionell und erfolgreich umgesetzt hat. Hier gilt nochmals mein herzlicher Dank an alle Beteiligten, die im Impfzentrum gearbeitet haben. Mit der Schließung aller Impfzentren auf Weisung des Landes zum 30.09. wurde das Impfgeschehen wieder in die vollständige Verantwortung der niedergelassenen Ärzteschaft übertragen, die hierin auch die meiste Erfahrung hat und gut hierauf vorbereitet ist. Der jüngst nun laut gewordene Ruf nach erneuter Inbetriebnahme der Impfzentren erscheint mir aktuell nicht angezeigt. Ganz losgelöst von der Tatsache, dass die Impfzentren entgegen der Einschätzung des Bundesgesundheitsministers ganz überwiegend nicht mehr im „stand by“-Betrieb vorhanden sind, sondern weisungskonform abgebaut wurden, um auch keine zusätzlichen Kosten für Bund und Land zu verursachen, ist es **nicht primäre Aufgabe des Staates**, dauerhaft Impfungen zu organisieren. Vielmehr hat man sich ja schon vor vielen Jahren ganz bewusst auf Wunsch der Ärzteschaft dazu entschieden, dass Impfungen grundsätzlich nicht mehr in den Gesundheitsämtern durchgeführt werden, sondern in den Arztpraxen. Dies ist auch richtig so und sollte nun, nach Abschluss der pandemiebedingten Grundimpfungen – mit erfolgter Unterstützung durch die kommunalen Impfzentren – auch so beibehalten werden. Das schließt natürlich punktuelle mobile Impfeinsätze, die durch den Kreis koordiniert werden können, nicht aus.

Die **Pandemie** zeigt uns und unserer Gesellschaft aber in besonderer Weise, wie leicht **verwundbar** wir sind. Wer hätte es noch vor 2-3 Jahren gedacht, dass uns ein kleines Virus einmal so sehr den Alltag und das Leben insgesamt verändern würde? Nur durch die starke personelle Verstärkung des Gesundheitsamtes – insbesondere aus anderen Abteilungen der Kreisverwaltung - war die Krisenbewältigung über diesen langen Zeitraum überhaupt nur möglich. Aber auch die Hinzuziehung externer Kräfte, wie die vertragliche Verpflichtung eines hiesigen **Reisebüros** und die **Amtshilfe der Bundeswehr** – waren notwendig, um in der Spitzenzeit die Belastungen halbwegs abzufangen. Gerne nutze ich daher heute nochmals die Gelegenheit, um mich bei allen Mitarbeitenden, aber auch den externen Verstärkungskräften sehr herzlich zu bedanken, die in der Krisenbewältigung wirklich großartiges geleistet haben.

Die Corona-Pandemie wird uns aber auch weiterhin in allen Lebensbereichen begleiten, wir werden lernen müssen, dauerhaft mit dem Virus zu leben. Wichtig ist es aus meiner Sicht, dass wir alles dafür tun, damit aus den zurückliegenden Schulschließungen und sonstigen Einschränkungen keine dauerhaften Schäden zurückbleiben werden. Daher begrüße ich grundsätzlich das Förderprogramm **„Aufholen nach Corona“**, womit gerade Defizite im schulischen Bereich wieder ausgeglichen werden sollen. Die Umsetzung stellt allerdings alle Akteure vor große Herausforderungen, da solche Angebote nicht „mal eben“ abrufbar sind. Auch hier spricht der Fachkräftemangel eine deutliche Sprache.

Doch 2021 bestand Gottlob nicht nur aus Corona und Pandemiebewältigung. Auch das „normale“ Tagesgeschäft wollte bedient werden. Zudem gingen die von Ihnen mit dem aktuellen Haushaltsplan oder durch separate Beschlüsse erteilten Aufträge in die Umsetzung: ob dies im Bereich des Radwege- oder Straßenbaus war, des gesamten Bereichs rund um den ÖPNV (Stichwort „BüLaMo – Mobilität von morgen heute planen“) oder in der weiteren Umsetzung unseres umfangreichen Bauprogramms zum Neubau der dringend benötigten **Rettungswachen** in Billerbeck, Nottuln, Lüdinghausen und Dülmen um nur einige Beispiele zu nennen. Hinzu kamen weitere Maßnahmen und Projekte, von denen ich exemplarisch hier nur die Durchführung des Architektenwettbewerbs für die Erweiterung unseres Kreishauses mit dem **Neubau unserer Kreisleitstelle** eigens erwähnen möchte. Hier sind wir ein gutes Stück

weiter, aber ich gestehe, manches dauert mir mitunter einfach zu lange – doch ich muss anerkennen, dass auch hier der Grundsatz „**Gründlichkeit vor Schnelligkeit**“ gilt, um verantwortungsvoll und effizient mit den vorhandenen Mitteln umzugehen. Dabei wird die Umsetzung auch im kommenden Jahr sicherlich nicht leichter: in diesen Tagen erreichte die Inflationsrate mit 4,5% ihren höchsten Stand seit 28 Jahren. Hinzu kommen Lieferengpässe, vor allem, aber nicht nur im Baugewerbe...(Es bleibt fraglich, wie lange die Europäische Zentralbank ihre lockere Geldpolitik/ Null-Zinspolitik beibehalten wird).

Hier und jetzt aber noch einmal deutlich das Signal, dass diese wichtigen baulichen **Infrastrukturmaßnahmen** bei mir eine sehr hohe Priorität haben, denn ich möchte, dass unser Rettungsdienst inklusive unserer Leitstelle über gute bauliche Rahmenbedingungen verfügt, damit wir auch weiterhin in diesem Bereich über gute Arbeitsbedingungen verfügen, die auch für die Beschäftigten attraktiv, weil zeitgemäß und hinreichend dimensioniert sind.

Unsere Verwundbarkeit wurde uns aber auch sehr deutlich durch die **Starkregenereignisse** im vergangenen Sommer im **Ahr- und Erfttal** vor Augen geführt. Auch wenn wir durch glücklichen Umstand von schlimmeren Wetterextremen in diesem Jahr hier bei uns im Kreis soweit verschont geblieben sind, so zeigt uns das Ausmaß der Zerstörung, wie auch die vielen Opfer doch mehr als deutlich, dass hier ein Umdenken auf allen Ebenen stattfinden muss. Denn: die Fakten und Erkenntnisse liegen auf dem Tisch: die **fortschreitende Klimaerwärmung** wird uns weltweit vor erhebliche Probleme stellen, so dass neben der Reduzierung der Treibhausgasimmissionen die **Anpassung** an die Klimafolgen erfolgen muss. Genau aus diesem Grund nehmen wir als Kreis derzeit an einem von der EU und dem Land NRW geförderten Projekt der TU Dortmund zur Klimafolgenanpassung teil („Evolving Regions – NRW wird klimarobust“), das uns hierzu sicherlich hilfreiche Erkenntnisse liefern wird. Allein die Umsetzung der Erkenntnislage mit allen Akteuren wird nicht von heute auf Morgen gehen und wird nur dann funktionieren, wenn möglichst viele Menschen guten Willens daran mitwirken werden.

Trotzdem wird es schon bald Bereiche auf unserem Planeten geben, die von den Klimafolgen ganz erheblich betroffen sein werden, so dass die heute dort lebenden Menschen in andere Länder emigrieren werden. Schon jetzt sind ja bekanntlich zunehmend wieder mehr **Menschen auf der Flucht** und werden durch den weißrussischen Präsidenten instrumentalisiert, um so Europa und damit auch Deutschland die eigene Schwäche in der Flüchtlingspolitik vorzuführen. So sehr dieses Verhalten menschenverachtend und klar zu verurteilen ist, leider offenbart es aber genau ein zentrales Problem: Europa konnte sich bis heute auch nach dem Flüchtlingszustrom von 2015 nicht auf ein gemeinsames Vorgehen in der Flüchtlingsfrage verständigen. Unabhängig davon, ob doch noch eine Einigung auf europäischer Ebene in der Flüchtlingsfrage erzielt werden kann, gehe ich davon aus, dass sich die Zahl der im nächsten Jahr zugewiesenen Flüchtlinge auch bei uns im Kreis Coesfeld wieder erhöhen wird. Mit dem **Kommunalen Integrationszentrum** und dem beachtlichen Ehrenamt in den örtlichen **Flüchtlingsinitiativen** verfügen wir über eine gute Struktur, um die Menschen, die mit einer Bleibeperspektive bei uns aufgenommen werden, gut in ihrem Integrationsprozess zu unterstützen. Ich begrüße daher nachdrücklich, dass das Land hier die Förderung der **Kommunalen Integrationszentren** dauerhaft verstetigen will und uns aber zugleich auch mit der Schaffung und Einrichtung der **Zentralen Ausländerbehörden** die von den Kommunen über viele Jahre hinweg geforderte Hilfestellung für die Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge gegeben hat. Für den Regierungsbezirk Münster nehmen wir als Kreisverwaltung bekanntlich seit September 2018 die Aufgabe der Zentralen

Ausländerbehörde wahr. Über die Arbeit der ZAB ist ja bereits wiederholt in den Fachausschüssen berichtet worden. Aus haushalterischer Sicht kann hierzu berichtet werden, dass die notwendigen Kosten, die für den Betrieb der ZAB beim Kreis entstehen vollständig durch das Land refinanziert werden, so dass wir diese Aufgabe für den Kreishauhalt kostenneutral durchführen können. – Themenwechsel -

Schon jetzt wird aber auch deutlich, wir müssen weiterhin daran arbeiten, unseren Kreis resilienter aufzustellen, um **Wetterextreme** besser verkraften zu können, sei es im aktiven Gewässer- und Hochwasserschutz oder aber bei der Ermöglichung der Wiederaufforstung von geeigneten Baumarten in geschädigten Waldgebieten durch die Anpassung unserer **Landschaftspläne**, die in alter Lesart zumeist nur die bisherigen Baumbestände festgeschrieben haben. Hierzu gehört aber auch die konsequente weitere Anpflanzung von Bäumen und Hecken in Kooperation mit den Grundbesitzern auf geeigneten Flächen durch den Kreis, wobei wir uns sicherlich im kommenden Jahr nicht nur auf die Rotbuche als Baum des Jahres 2022 (nach 1990 zum zweiten Male) beschränken werden.

Aber auch die weitere Umsetzung der Klimaschutzprojekte des Kreises und seiner Wirtschaftsbetriebe, wie zuletzt in der vergangenen Woche die Erweiterung der **Freiflächen Photovoltaik-Anlage** auf unserer stillgelegten Bodendeponie in Coesfeld-Flamschen um weitere 750 kWp auf eine Gesamtleistung von nun 1,83 Megawatt, womit nun rund 430 Vierpersonenhaushalte mit Strom versorgt werden können, ein wichtiger Beitrag zum aktiven Klimaschutz! Dieses Projekt ergänzt daher gut, die vielen Projekte in der kommunalen Familie, die bereits in den Vorjahren umgesetzt werden konnten.

Dabei befinden wir uns bekanntlich in der Überarbeitung unseres **Klimaschutzkonzeptes**, das wir im Februar 2016 im Kreistag beschlossen haben, so dass eine Aktualisierung an der Zeit ist. Viele damals darin definierte Projekte und Vorhaben konnten inzwischen erfolgreich umgesetzt werden, um so im Rahmen der Einflussmöglichkeiten des Kreises mit positivem Beispiel voranzugehen. Dies gilt es nun konsequent fortzusetzen und um weitere geeignete Projekte zu ergänzen, um die gemeinsamen Anstrengungen in den nächsten Jahren noch zu intensivieren und auszubauen. In diesem Sinne erhalten Sie künftig auch kurze und pragmatische Hinweise in den Sitzungsvorlagen zur Klimarelevanz des Beratungsgegenstandes, um für Sie wichtige Informationen bereit zu stellen.

Intensivieren müssen wir auch unsere Anstrengungen in **Katastrophenvorsorge und –Schutz**. Auch hier sind wir in der Erarbeitung unseres Katastrophenschutzplanes (Vorgängerplan aus 2009), um auf mögliche Krisenszenarien besser vorbereitet zu sein. Ziel soll die Beratung und Beschlussfassung im kommenden Jahr sein. Dabei ist mir das enge Zusammenspiel mit den Kommunen und den übrigen Akteuren des Katastrophenschutzes, wie den Energieversorgern und Hilfsorganisationen sehr wichtig, denn nur gemeinsam kann man Krisen und Katastrophen erfolgreich bewältigen. Eine gemeinsame Fortbildung mit den Kommunen ist bereits terminiert, ebenso werden entsprechende Übungen vorbereitet.

Dabei kommt aber auch der **Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung** eine zentrale Bedeutung zu. Um darüber zu informieren, was dies überhaupt bedeutet und wie jeder sich auf etwaige **Krisen gut vorbereiten** kann, wollen wir im kommenden Sommer den pandemiebedingt ausgefallenen „Tag der Sicherheit“ nachholen und durch weitere geeignete Veranstaltungen und Aktionen hierauf besonders aufmerksam machen. Dabei ist mir klar: dies ist eine dauerhafte Aufgabe, die wir als Kreis gemeinsam mit den Kommunen haben. „Eintagsfliegen“

helfen hier nicht. Vielmehr müssen wir das Thema dauerhaft bespielen, um auch so einen Beitrag zur Steigerung der Resilienz zu leisten.

Dies ist bei einem wenig beliebten Thema keine leichte Sache. Zumal, wenn wir sicherlich auch auf Zeiten angespannter kommunaler Kassen zugehen werden. Auch dann wird es wichtig sein, die notwendigen Mittel zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen bereit zu stellen.

Abschließend noch der Blick auf zwei erfreuliche Jubiläen: einerseits werden wir im kommenden Jahr bekanntlich das Jubiläum **750 Jahre Burg Vischering** fortsetzen, um die pandemiebedingt ausgefallenen größeren Veranstaltungen nachzuholen.

Andererseits können wir im kommenden Jahr den **225. Geburtstag von Annette von Droste Hülshoff** (12. Januar 1797 auf Burg Hülshoff in Havixbeck) begehen, wozu die Deutsche Post sogar eine eigene Sonderbriefmarke herausgibt. Dieser runde Geburtstag ist sicherlich ein willkommener Anlass, um uns einmal wieder intensiver mit der Droste zu befassen. Prädestinierter Profi ist hier neben der Annette-von-Droste-Hülshoff-Stiftung insbesondere das center of literature, das ja bekanntlich seinen Sitz auf der Burg Hülshoff hat und hierzu bereits viele Veranstaltungen und Aktivitäten geplant hat. Auch wir werden gerne das Jubiläum aufgreifen und in geeigneter Weise auf die Droste und ihre Bedeutung für die Literatur verweisen.

Lassen Sie mich daher mit zwei Zitaten der Droste meine heutigen Ausführungen schließen:

*„Ich weiß kaum, was kläglicher ist: In **Schulden** geraten oder jeden Mittag Wassersuppe essen, um abends die Leute mit Zuckerbrezeln bewirten zu können.“*

*„So hab' aus allem ich gezogen, das treue Fazit mir zuletzt: Daß dem das Glück zumeist gewogen, der es am mindesten gehetzt; und daß, wo Wirken ein Geschick – nach eigener Willkür kann bereiten, nur Offenheit zu allen Zeiten – die **allerbeste Politik**.“*

In diesem Sinne - einer „*allerbesten Politik für die Menschen im Kreis Coesfeld*“ - wünsche ich uns gute Haushaltsberatungen und danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!